

STASI-AKTEN

Plädoyer für Birthler-Behörde

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich intern für einen langfristigen Bestand der Birthler-Behörde ausgesprochen. Sie setzt sich damit von Forderungen des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Arnold Vaatz ab, der die Stasi-Akten möglichst zügig an das Bundesarchiv übergeben lassen will. In der Koalition ist umstritten, wann die Birthler-Behörde ihre Eigenständigkeit verlieren soll: Während einige für 2014 plädieren, wollen andere die Behörde erst 2019 auflösen. Merkel sprach sich nun für eine lange Existenz der Behörde aus, die aus der friedlichen Revolution 1989 heraus entstanden war. Sie verwies auf die Vorbildfunktion der Institution für andere Staaten, die sich bei der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit an dem deutschen Modell orientierten. Zudem laufen bereits erste Vorbereitungen für den 20. Jahrestag der Revolution 2009. Ein Beschluss zur Abwicklung der Stasi-Akten-Behörde wäre laut Einschätzung des Kanzleramts das „falsche Zeichen“, zumal jüngste Studien belegen, wie mangelhaft das Wissen ostdeutscher Schüler zur DDR-Geschichte ist. Eine Studie der Freien Universität Berlin hatte besonders in Brandenburg



erhebliche Defizite festgestellt. Nur jeder dritte befragte Schüler wusste, wer die Mauer errichtet hatte. Brandenburger Lehrer gehen dem leidigen Thema DDR offenbar systematisch aus dem Weg – was möglicherweise mit dem Wirken der heutigen Leiterin der Birthler-Behörde zu tun hat. Als erste Bildungsministerin Brandenburgs hatte Marianne Birthler Anfang der neunziger Jahre auf Massenelementen von DDR-Lehrern verzichtet und sich lediglich von Stasi-belasteten Pädagogen getrennt.

Birthler, Mauerfall



DAVIDS / KUGLER (L.); LEHNARTZ / SÜDD. VERLAG (R.)

AFGHANISTAN

Gespräche mit Taliban gefährdet?

Die Bundesregierung fürchtet, dass der Rauswurf zweier hoher Vertreter von Uno und EU aus Afghanistan indirekt die diplomatischen Bemühungen um eine Stabilisierung des Landes gefährden könnte. Die überraschende Ausweisung vorige Woche sei womöglich Ausdruck einer wachsenden Konfliktbereitschaft des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai mit den Regierungen des Westens, heißt es in Berlin; die beiden Diplomaten hatten das Land wegen angeblicher Kontakte zu lokalen Taliban verlassen müssen. Opfer der Konfrontation könnten ausgerechnet die 2007 begonnene Annäherung an



SABED KHAN / DPA

gemäßigte Teile der islamistischen Taliban sein. So hatte sich der deutsche Botschafter in Kabul, Hans-Ulrich Seidt, im September mit dem ehemaligen Außenminister der Taliban, Wakil Ahmad Mutawakil, getroffen. Bei dem Gespräch hatte dieser betont, zwischen den Taliban und der Bundesregierung gebe es „viele Gemeinsamkeiten“, und die Bundesregierung um eine „wohlwollende Begleitung“ von politischen Gesprächen gebeten. Als Geste des guten Willens sei es an der Zeit, dass die Kabuler Regierung eine Reihe von politischen Gefangenen freilasse. Der Bundesnachrichtendienst hatte bereits im Sommer 2005 sondiert, ob die Taliban kompromissbereit seien, die Geheimgespräche aber abgebrochen, weil die Islamisten sich nicht von al-Qaida distanzieren wollten.

Mutawakil

Nachgefragt

Trüber Ausblick

„Wie wird sich Ihre persönliche finanzielle Situation im kommenden Jahr entwickeln?“



Sie wird sich eher ...

... verbessern

28%

MÄNNER FRAUEN

37

18

... verschlechtern

52%

44

59

... nicht ändern

19%

18

21

TNS Infratest für den SPIEGEL; rund 1000 Befragte; vom 17. und 18. Dezember; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe